Bezirkselternausschuss Schulen
beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Geschäftsstelle:
Amt für Schule und Sport
SchulSp S1, Frau Brecht
Harrit.Brecht@lichtenberg.berlin.de
Tel. 90296-3821, Fax 90296-77-3821

BEA Schulen Lichtenberg
✉ BEA.Schulen.Liberg@gmx.de
www.lichtenberg.berlin.de

Vorsitz: Reiner Hofmann
r.hofmann55@gmx.de
Stellvertreter: Doreen Kröber
doreen-kroeber@arcor.de
Helga Herzog
herzog.helga@yahoo.de
Stefanie Putzke
Putzi1981@hotmail.de
Peter Backhaus
anjaundpeter@t-online.de
Uwe Loser
mich_los@yahoo.de

Berlin, 18.12.2012

Beschluss

Der Bezirkselternausschuss Schulen Lichtenberg ersucht die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin einen Beschluss zu fassen, der es bis zum Inkrafttreten eines Inklusionskonzeptes für das Land Berlin ermöglicht, das seit 8 Jahren erfolgreich durchgeführte und von der Senatsverwaltung damals genehmigte Inklusionsvorhaben der Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule als Modellprojekt weiter zu führen.

Begründung:

Wir begrüßen grundsätzlich, dass das Thema Inklusion gründlich beraten und nicht überstürzt eingeführt werden soll, da es vielfältige Probleme gibt, die auch nicht nur „kostenneutral“ zu verwirklichen sind. Es darf nicht wieder so ablaufen wie bei der Schulstrukturreform von Senator Prof. Zöllner. Das darf aber nicht dazu führen, dass bereits bestehende und gut funktionierende Regelungen, die seinerzeit auch von der Senatsverwaltung genehmigt wurden, für längere Zeit unterbrochen werden. Die Eltern der Kinder an der Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule, die sich ganz bewusst für diese Einrichtung und dieses Konzept entschieden haben, dürfen nicht unter der gründlichen Vorbereitung eines Gesamtkonzeptes leiden.

In ihrer Antwort auf die Mündliche Anfrage Nr. 9 der Abgeordneten Regina Kittler vom 22.11.2012 hat Senatorin Scheeres ausgeführt, dass sie solchen Initiativen von Schulen sehr aufgeschlossen gegenüber steht und dass die Schule bereits im März 2012 ein entsprechendes Konzept zur Fortführung ihres Inklusionsprojektes unter den Gegebenheiten nach der Schulstrukturreform eingereicht hat. Von der Außenstelle Lichtenberg der Senatsschulverwaltung wurde uns versichert, dass dieses Konzept tragfähig ist und die Zustimmung aller beteiligten findet, nur auf Grund der noch nicht vorliegenden gesetzlichen Grundlagen nicht eingeführt werden darf. Es sollen nun also die Schüler, die jetzt in der 6. Klasse inklusiv beschult werden, ab dem kommenden Schuljahr wieder separiert werden. Das widerspricht eindeutig der von der BRD unterschriebenen UN-Konvention.

Da offenbar alle Beteiligten dieses Projekt gut und richtig finden, die Senatsverwaltung es jedoch auf Grund fehlender gesetzlicher Grundlagen meint nicht durchführen zu können, ersuchen wir Sie als gesetzgebendes Organ des Landes Berlin einen entsprechenden Beschluss zur Fortführung, vielleicht unter dem Namen „Modellprojekt Inklusion“, zu fassen, damit die Schüler und Eltern, die sich freiwillig für eine solche Schulform entschieden haben, dies auch bis zu ihrem Schulabschluss weiter tun können. Wenn es bereits solche fortschrittlichen Projekte gibt, dann darf man sie nicht kurzsichtig benachteiligen.

Abstimmung: 17/0/0